

Ver.di fordert Stärkung des Diskriminierungsschutzes gegen Rassismus

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert anlässlich des Internationalen Tags gegen Rassismus eine Stärkung des Schutzes vor Rassismus und Diskriminierung. Erfahren Sie mehr über die Forderungen und die geplante Veranstaltung am 22. März 2024.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert anlässlich des Internationalen Tags gegen Rassismus die Bundesregierung auf, den Schutz vor Rassismus und Diskriminierung zu stärken. Beschwerden aufgrund rassistischer Diskriminierung machen den größten Teil der gemeldeten Fälle an die Beratungsstellen und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes aus. Die gesetzlichen Schwachstellen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) führen dazu, dass es oft wirkungslos bleibt und zu wenig Anwendung beim Diskriminierungsschutz findet.

Die Ampel-Koalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, das AGG zu evaluieren, Schutzlücken zu schließen, den Rechtsschutz zu verbessern und den Anwendungsbereich auszuweiten. Die bundesweiten Demonstrationen für eine vielfältige, demokratische und solidarische Gesellschaft wurden vom Bundesmigrationsausschuss von ver.di ausdrücklich begrüßt. In einer Erklärung fordert das höchste Gremium der ver.di-Mitglieder mit Einwanderungsgeschichte Solidarität gegen die Demontage des Asylrechts und Angriffe auf die Einwanderungsgesellschaft.

Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus findet

am 22. März 2024 eine Veranstaltung statt, bei der ehrenamtliche ver.di-Mitglieder mit Migrationsgeschichte mit Experten über die Herausforderungen nach den großen Demonstrationen und vor der Europawahl und den ostdeutschen Landtagswahlen diskutieren.

Lokale Auswirkungen und Kontext:

In Berlin sind Menschen mit Migrationsgeschichte besonders von Rassismus und Diskriminierung betroffen. Die Stadt hat eine vielfältige Bevölkerungszusammensetzung und ist eine Schutzzone für Flüchtlinge und Migranten. Die Forderungen von ver.di zur Stärkung des Diskriminierungsschutzes und zur Reform des AGG haben daher eine hohe Relevanz für die Stadt und ihre Bewohner.

Historische Fakten:

Berlin hat eine bewegte Geschichte in Bezug auf Migration, Integration und Diskriminierung. Insbesondere während der Teilung Deutschlands war Berlin ein Anziehungspunkt für Migranten aus anderen Teilen des Landes und der Welt. Die Spannungen zwischen Einheimischen und Migranten haben in der Vergangenheit zu Rassismus und Diskriminierung geführt. Die aktuelle Forderung von ver.di nach einem starken politischen Signal gegen Rassismus und Diskriminierung knüpft an diese historischen Probleme an.

Tabelle:

Falls relevant, könnte eine Tabelle mit statistischen Informationen über rassistische Diskriminierungsfälle in Berlin in den letzten Jahren hinzugefügt werden. Die Tabelle könnte Details zu den Beschwerden, den betroffenen Gruppen und den Konsequenzen für die Täter enthalten, um den lokalen Kontext besser zu verstehen.

Quelle: **ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft / ots**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de